

in der Nationalen Front gemeinsam wirkenden Parteien und Massenorganisationen, gilt es, in der Wahlvorbereitung das Staatsbewußtsein unserer Bürger, ihr Verantwortungsbewußtsein für die Stärkung der Macht, ihr staatsbürgerliches Denken und Handeln, ihre staatsbürgerliche Treuepflicht weiter zu erhöhen, um die Beziehungen zwischen Partei, Staat und Volk enger zu gestalten. Allen Bürgern wird erneut bewußt: „Die DDR ist der deutsche Staat des sozialen Fortschritts, die Erbin alles Progressiven und Humanistischen in der Geschichte des deutschen Volkes... Hier sind soziale Sicherheit, gleiche Chancen für alle und klare Perspektiven gegeben.“ (Erich Honecker im Neujahrsgruß 1979) Jeder einzelne Bürger kann sich zu diesem, seinem Staat, ohne Vorbehalte bekennen, weil er ein Staat der Arbeiter und Bauern ist.

Sozialistische  
Demokratie  
vervollkommen

Die Demokratie — das ist die Frage nach der realen und vielfältigen Mitwirkung der Bürger an der Leitung des Staates und der Gesellschaft. Im Programm unserer Partei wird die weitere Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie als die Haupttrichtung gekennzeichnet, in der sich die sozialistische Staatsmacht entwickelt. Die Parteiorganisationen nutzen, deshalb die Vorbereitung der Kommunalwahlen, um mit Hilfe der Nationalen Front Mitbestimmung und Mitgestaltung der Bürger an der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft noch umfassender zu entfalten. Eine gute Information der Wähler über die Tätigkeit der Volksvertretungen und ihre Organe dient diesem Ziel. Sie fördert die Bereitschaft der Werktätigen, sich für die Lösung der staatlichen und gesellschaftlichen Aufgaben einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen.

Das Recht — das ist die Frage nach der Sicherung der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, nach der Gewährleistung der Interessen der Werktätigen, dem Schutz der sozialistischen Ordnung und der Freiheit und Menschenwürde der Bürger. Es entspricht diesen Zielen, wenn wir die Wahlvorbereitung nutzen, um die Achtung vor dem Gesetz zu verstärken, die Wachsamkeit gegenüber allen imperialistischen Machenschaften zu erhöhen sowie die Ordnung, Sicherheit und Disziplin in allen gesellschaftlichen Bereichen zu festigen.

30 Jahre Entwicklung der DDR bestätigen nachdrücklich und unwiderlegbar die Richtigkeit und die bedeutenden Erfolge unseres Weges. Die vielfältigen Gespräche mit den Wählern in der Wahlvorbereitung bieten breiten Raum, interessante und überzeugende Bilanzen zu erläutern

— über die Wegstrecke, die wir in den letzten drei Jahrzehnten zurückgelegt haben, eingeschlossen das Erlblühen der Städte und Gemeinden und die Menschen, die sich zu selbstbewußten Persönlichkeiten entwickelten und dieses Werk vollbrachten;

— über die Verwirklichung des Wahlprogramms der Nationalen Front der DDR in den letzten fünf Jahren und auf der Grundlage der Beschlüsse des VIII. und IX. Parteitages der SED. In dieser Zeit haben sich grundlegende Veränderungen im Antlitz unserer Kreise und Städte und Gemeinden und im Leben jedes einzelnen Bürgers vollzogen.

Kein Gegensatz  
zwischen Staat  
und Gemeinde

Noch nie in der Geschichte unseres Volkes haben sich für die Entwicklung der Kreise, Städte und Gemeinden solche Möglichkeiten eröffnet wie unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Nach dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe entscheiden sie über alle Fragen, die ihr Territorium und das Leben ihrer Bürger betreffen. In unserem Lande gibt es keine Landräte, Regierungspräsidenten oder Präfekten, die, wie in den kapitalistischen Staaten üblich, Beschlüssen der gewählten Organe ihre Zustimmung versagen oder sie mit einem Federstrich außer Kraft setzen. Es gibt keinen „Pleitegeier im Stadtwappen“ unserer Städte und Gemeinden und keine Schulden in ihren Haushalten: 1640 DM pro Kopf der Bevölkerung machen sie in der BRD aus, und jede dritte DM, die die Kommunen ausgeben, sind Zinsen für aufgenommene Darlehen und Kredite.

In der DDR gibt es keinen Gegensatz zwischen Staat und Städten und Ge-